

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. Bestellschein vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13893. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4506

Insertenpreise: Die 7 gelbaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk. bei Vorauszahlung 2.30 Mk. Familienanzeigen die 7 gelbaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweigabteiler und alle Postanstalten entgegen.

Zusammenbruch des kommunistischen Streiks in Deutsch-Böhmen?

Berlin, 16. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach Meldungen der Internationalen ist der kommunistische Streik in Deutsch-Böhmen zusammengebrochen. In Reichenberg und Komotau ist der Streik bereits abgebrochen worden. Die Reichenberger Textilarbeiter haben ihre Gewerkschaftsbeamten wegen ihrer Haltung abgelehnt. Im Gebiet von Reichenberg wählen die Arbeiter überall Betriebsräte gegen den Willen der Gewerkschaften. Die tschechische Gewerkschaftskommission hat sich für die Streikforderungen ausgesprochen, aber auch für die Wiederaufnahme der Arbeit. In Prag und Adano wird noch gekämpft. In Adano ist die Streikleitung um die tschechische Arbeiter verhaftet worden. Im Gebiet von Mährisch-Bräunau soll eine Radikalisierung der Arbeiter, die bisher rechtssozialistisch gewesen sind, eingetreten sein.

Berlin, 15. Dezember. (L. V.) Wie die tschechisch-österreichische Gesandtschaft mitteilt, haben gestern Abend in Prag die Kommunistenführer Stefan und Wenzel den Präsidenten Masaryk gebeten, eine Vermittlungaktion einzuleiten. In Prag herrscht vollkommene Ruhe und in der Provinz ist eine allgemeine Entspannung zu beobachten. Die Führer der tschechischen kommunistischen Agitation wurden verhaftet. In Brünn neigt die Arbeiterchaft zum Abbruch des Streiks. In Kaschau hatte der Streik nur kurze Dauer, ebenso in Bratislava. Die landwirtschaftlichen Arbeiter haben die von ihnen zeitweise besetzten Güter wieder freigegeben und kehren zur normalen Arbeit zurück.

Weitere Ausschreitungen in Mähren.

Wien, 15. Dezember. Wie die Neue Freie Presse meldet, besetzte in Goeding (Mähren) ein Trupp von kommunistischen Arbeitern die Bezirksbauhauverwaltung und entwarfente die Gendarmerie und später herangezogenes Militär. Der Bezirkshauptmann wurde auf die Straße geschleudert und schwer mißhandelt. Es kam auch zu Plünderungen. Bei der Verfolgung der Plünderer wurden Schüsse gegen das Militär abgegeben, das mit einigen Salven erwiderte. Viele Personen wurden verletzt. Abends gelang es, alle besetzten Objekte wieder freizumachen. — Dasselbe Blatt meldet aus Brünn, daß bei Wiederbesetzung der Oslawauer Ueberlandzentrale durch Schleheren eine Anzahl Personen verwundet wurden.

Das Urteil im Prinzprozeß.

Berlin, 16. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Gericht verurteilte den Angeklagten Prinz zu 6 Monaten Gefängnis, unter Anrechnung von 2 Monaten Untersuchungshaft, und Tragung der Kosten. In der Urteilsbegründung heißt es: Ein Urkunde mit der Aufforderung zur Ermordung Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hat nicht existiert. Dagegen ein Gerücht, welches der Angeklagte für wahr halten konnte. Deshalb hat er sich nur der üblen Nachrede schuldig gemacht und nicht willkürlich die falsche Behauptung verbreitet. Der Angeklagte war zu verurteilen wegen versuchter schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit fortgesetzter Beleidigung. Es sind ihm mildernde Umstände zugebilligt worden mit Rücksicht darauf, daß er sich in schlechter Vermögenslage befand. Der Angeklagte legte gegen dieses Urteil Berufung ein.

Zusammenstoß zwischen oberösterreichischer Abstimmungspolizei und Italienern.

Berlin, 16. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In Oberglöckau kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Abstimmungspolizei und der italienischen Besatzung. Es wurde Feuer von den italienischen Soldaten auf die Polizeibeamten eröffnet. Hierauf griff die Bevölkerung ein, bis es einigen italienischen Offizieren gelang, die Ruhe wieder herzustellen. Der Vorfall ist um so bedauerlicher, weil bisher zwischen italienischer Besatzung und der Abstimmungspolizei ein durchaus gutes Verständnis bestanden hat. Auf allen Seiten besteht daher auch das Bestreben den Zwischenfall in keiner Weise auszunutzen.

Rußlands Einspruch gegen die Besetzung Wilnas.

Der Ost-Expres meldet aus Warschau: Die Frage der Abstimmung im Wilnaer Gebiet ist in eine neue Phase getreten und droht mit Verwicklungen, deren Tragweite sich noch nicht übersehen läßt. Der Vertreter der litauischen Regierung, Waldemar, hat bei der letzten Verhandlung im Räte des Völkerbundes gegen die Entsendung einer internationalen Truppenmacht in das Wilnaer Abstimmungsgebiet Einspruch erhoben. Er berief sich darauf, daß Litauen in seinem Friedensvertrag mit Sowjetrußland die Verpflichtung übernommen habe, keine fremden Truppen auf seinem Gebiete zu dulden, und wies auf die Gefahr einer Intervention Sowjetrußlands hin. Die Sowjetregierung zeigte das lebhafteste Interesse für die Wilnaer Frage und habe die litauische Regierung neuerdings ernstlich auf ihre vertragmäßigen Pflichten hingewiesen. Falls der dahingehende Beschluß des Rates des Völkerbun-

des nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, hat Waldemar um Verschiebung der Abstimmung und der Truppenentsendung. In seiner Erwiderung wies der Vertreter Polens, Paderewski, darauf hin, daß Litauen zuzelt keine gemeinsame Grenze mit Sowjetrußland besitze und insolge dessen keine Intervention zu befürchten habe. Eine bestimmte Stellungnahme des Völkerbundes ist noch nicht erfolgt. Einem Pressereporter gegenüber erklärte Bourgeois, er erachte den Hinweis auf den litauisch-russischen Vertrag für hinfällig, weil in dem späteren Nizner Vorfrieden die Moskauer Regierung ihr Desinteressement an den Gebieten westlich der neuen polnisch-russischen Grenze anerkannt habe. In polnischen politischen Kreisen hegt man die Befürchtung, daß das Vorgehen der litauischen Regierung den Zweck habe, die Einberufung einer Konferenz unter Teilnahme Sowjetrußlands für die Lösung der schwebenden Streitfragen vorzubereiten.

Polnische Weisungen gegen den polnisch-litauischen Waffenstillstandsvertrag.

Konow, 13. Dezember. Die Litauische Telegraphen-Agentur teilt mit: Der Waffenstillstandsvertrag wird von den Polen jeden Tag von neuem gebrochen. Polnische Kavallerie und Infanterieabteilungen überschreiten täglich die Demarkationslinie. So drang gestern eine 150 Mann starke polnische Abteilung in Stieren und Kleinm ein und begann, die Einwohner auszusplündern; sie wurde aber von unseren Truppen vertrieben. Kürzlich von Janischki wo keine feste Demarkationslinie besteht, wiederholten sich täglich Zusammenstöße unserer Vorposten mit polnischen Soldaten.

Die Sowjet-Regierung will den Frieden.

Kopenhagen, den 15. Dezember. Nationaltidende meldet aus Helsinki: Trocki hat auf einem landwirtschaftlichen Kongress erklärt, daß das rote Heer auf die Hälfte der gegenwärtigen Stärke herabgelassen werden würde. Die Sowjet-Regierung werde mit allen Mitteln versuchen, den Frieden aufrechtzuerhalten und einen endgültigen Frieden mit den Großmächten durch weitgehende Zugeständnisse zu erlangen. Der Umstand, daß England einen Vorschlag zu einem regelrechten Handelsabkommen hat überreichen lassen, lasse hoffen, daß der Friede nicht weit entfernt ist. Trocki erwähnte auch die ernsten Gefahren, die zwischen dem Heere und dem Volke in Rußland entstanden sind. Diese Gefahren würden durch die Neuordnung des Heereswesens in Rußland bald beseitigt werden.

Polen braucht Hilfe.

Warschau, 15. Dezember. Eine Rundschau der polnischen Regierung besagt: Der polnische Staatshaushalt steht vor ungeheuren Aufgaben infolge der Verkehrserschwerungen und der Pflichten gegen die demobilisierten Soldaten. Polen braucht dazu politische, militärische und wirtschaftliche Hilfe. Diese kann es nur finden, wenn es in die Führung seiner inneren Angelegenheiten einen Geist des Vertrauens hineinbringt. Der polnische Staat ist nicht mehr im Kriegszustand, aber auch nicht im Frieden. Die Regierung gleicht einem Vulkan, der das Schiff dem Untergang überliefert. Es ist klar, daher bieten nur unter der Mitwirkung aller erreichen kann.

Ein Meineidsverfahren gegen Erzberger.

Berlin, 15. Dezember. Zu Beginn der heutigen Sitzung des Reichstages teilte der Präsident mit, daß ein Schreiben des Ministers des Innern eingegangen ist, in dem die Genehmigung des Hauses zur Strafverfolgung des Abgeordneten Erzberger wegen Verletzung der Eidespflicht verlangt wird.

Berlin, 16. Dezember. (L. V.) Zu dem Meineidsverfahren gegen Erzberger schreibt die Zentrum-Parlament-Korresp.: Wir wir hören, ist es der Wunsch des Finanzministers a. D. Erzberger daß der Reichstag, entgegen den sonstigen Gepflogenheiten des Parlaments, die Genehmigung zur Strafverfolgung erteilt. Nach der Anklageschrift soll in fünf Punkten Verletzung der Eidespflicht vorliegen. Es handelt sich, soweit wir unterrichtet sind, 1. um die Behauptung Erzbergers über die Stellung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg zu den Steuervorlagen im Jahre 1916 2. um die Behauptung Erzbergers über die vorherige Verständigung der damaligen Reichsregierung über den Friedensschritt im Juli 1917, 3. um die Behauptung Erzbergers, daß er gegenüber dem damaligen Reichskanzler v. Bethmann Hollweg sich über den Zweck des Vorgehens vom 8. 7. 17 erklärt habe, endlich handelt es sich angeblich um die Fälle Thoben und Bergz.

Verborrenes Flugzeugmaterial.

Detmold, 16. Dezember. Im Walde bei Bad Salzuflen sind Teile eines Flugzeugapparats im Werte von über 1 Million aufgefunden worden. Offenbar ist das Gerät dorthin transportiert worden, um verlohren zu werden. Das vorgefundene Material, u. a. 8 große Räder mit 8 Flugzeugmotoren, Propellerstücken usw., ist von den Behörden beschlagnahmt worden. Es handelt sich um Heeresgut, das auf Verlangen der Entente vernichtet werden sollte.

Parlamentswahlen in Spanien.

Madrid, 14. Dezember. Nach den bis gestern Abend bekannt gewordenen Ergebnissen der Parlamentswahlen sind gewählt: 58 Ministerielle 8 Anhänger Mauras ein Anhänger de la Ciervas, 13 Anhänger Romanones, 17 Demokraten, 7 Anhänger ein Reform-Nationaler ein Realist, ein Sozialist 2 Republikaner 2 Unabhängige. Die Anhänger Mauras und de la Ciervas gehören der konservativen Partei an, die Anhänger Romanones der demokratischen, die Sozialisten der liberalen.

Der Kampf um die Einheit der italienischen sozialistischen Partei.

Das unheilvolle Werk Moskaus wird fortgesetzt — die Spaltung der sozialistischen Bewegung in der Schweiz ist schon so gut wie vollzogen, der eben zusammengetretene Parteitag der französischen Sozialisten in Tours droht dasselbe Ergebnis zu zeitigen und in Italien ist eine Gruppe fanatischer Spaltungspolitiker daran, auf dem für Weihnachten einberufenen Parteitag in Florenz nach dem Gehiß Moskaus das Gleiche an der italienischen sozialistischen Partei zu vollziehen. Gegen dieses Unterfangen hat sich eine starke Gruppe in der Partei um die Alessandri und Serrati gebildet. — der letztere war bekanntlich der Vertreter der italienischen Sozialisten auf dem Moskauer Kongreß der kommunistischen Internationale. Der Genosse Cesare Alessandri hatte zur Gründung eines Komitees die Einheit der Partei aufgerufen und zugleich eine so große Anzahl Zustimmungen gefunden, daß er in einer Korrespondenz an den Pariser Populaire die Zuversicht aussprach, diese Gruppe werde die Mehrheit auf dem Kongreß zu Florenz haben, da in der Frage der Einheit die „Sozialisten des Zentrums“ (von Modigliani bis zu Turati und Brampolini) ebenso wie die Radikaldemokraten um Bianchi mit ihr gehen, so daß der Genosse Bombacci mit seinem Häuflein Spaltungsbefürwortern allein bleiben werde.

Diese Gruppe um Bombacci hält sich für die alleinwahre kommunistische Richtung und will nach Moskaus Diktat die Wpaltung der Sozialisten des Zentrums, die in Moskau als Vertreter an der Revolution verfeimt werden. Die um Alessandri und Serrati gesammelten Sozialisten indessen nehmen den Namen Kommunisten ebenfalls für sich in Anspruch. Sie haben am 24. November eine Konferenz abgehalten, in der sie sich konstituiert haben. Sie gaben sich den Namen „Sozialistisch-kommunistische Partei Italiens“, den sie auch für die Gesamtpartei vorschlugen. In dem Programm, das die Konferenz feststellte, wird erklärt, daß die 21 Moskauer Bedingungen ohne Ausnahme angenommen werden und sogar noch eine 22., die die Ausschließung der Freimaurer fordert — eine spezifisch italienische Angelegenheit — hinzugefügt wird. Aber die 21 Punkte, wird dann im Kommentar gesagt, sind nach den geschichtlichen Verhältnissen des Landes auszuheben, was die Beschlüsse des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale übrigens erlaubten. Dieser Vorbehalt bezieht sich auf einen Kernpunkt der Moskauer Bedingungen, auf die Forderung der Ausstoßung der Sozialisten des Zentrums. Diesem Punkte wollen die Sozialisten-Kommunisten nicht zustimmen. Serrati erklärte auf der Konferenz: „Wir können, ja, wir müssen die 21 Punkte annehmen, aber es ist eine weitherzige Auslegung unbedingt nötig, um die Partei nicht zu zertrümmern. Wir sind für die 3. Internationale, wir nehmen die Bestimmungen über die Zentralisation an, aber wir sind unnachgiebig in der Frage der Einheit der Partei. Die Revolution ist nicht nur Zerstörung, sondern auch Wiederaufbau; wir müssen die Werkzeuge des Wiederaufbaues: Gewerkschaften und Genossenschaften, in der Hand haben. Wer sie zertrümmert, ist wahnsinnig.“ Serrati klammert sich also hier noch an die Fiktion oder die Hoffnung, daß man die 21 Bedingungen mit Vorbehalt annehmen, d. h., daß man einzelne Bestimmungen unter ihnen ausmerzen könne. Genosse Alessandri sah den Dingen entfloßener ins Gesicht. Er sagte: „Wenn wir die Bedingungen von Moskau unverändert annehmen, können wir der kommunistischen Internationale nicht angehören. Wir müssen an einen späteren Kongreß appellieren, der die Autonomie jeder Partei gewährleistet.“

Nach diesem Vorstoß der Einheitsfreunde ist Lenin in einem Briefe an die sozialistische Partei der Gruppe Bombacci, die in dem Turiner Kwanti ihr Organ hat, zu Hilfe gekommen. Der Malländer Kwanti, der von Serrati geleitet wird, druckt diesen Briefe Lenins ab. Er schickt ihm eine Bemerkung voraus, die folgendermaßen lautet: „Unsere russischen Genossen werfen ihre persönliche Autorität und die ganze Suggestivkraft, die von ihren Namen und ihrem Werk ausgeht, in die Waagschale, um den stärksten Einfluß auf die proletarische Internationale auszuüben. Wir bestreiten ihnen dieses Recht nicht, wir konstatieren es nur, damit die Genossen ihre Schlüsse daraus ziehen können.“

Aus den laugen Ausführungen Lenins jenen folgende Sätze zitiert: „Serrati schweift vom Thema ab, wenn er immer wieder die Behauptung in den Vordergrund rückt, wir seien nicht genügend informiert über die italienischen Verhältnisse. Wir wissen im Gegenteil sehr genau, daß es sich bei den Diskussionen der italienischen Parteilitung um wesentlichen um die Entscheidung über zwei Resolutionen handelt, von denen die eine, die kommunistische, nach Annahme der 21 Punkte die Reinigung der Partei von allen reformistischen und opportunistischen Elementen fordert, während die andre wohl die Notwendigkeit der inneren Gleichartigkeit der Parteibestände anerkennt,